

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)



ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER, VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Mittwoch, 27. November 1935

Nr. 276

## SdP-Taktik des Auskneifens von Dr. Beneš scharf verurteilt

Montag abends ergriff im Budgetausschuß Minister Dr. Beneš das Wort, um zur Debatte über sein Ressort Stellung zu nehmen. Einen erheblichen Teil seiner Ausführungen widmete Dr. Beneš der Antwort auf die von Dr. Peters vorgelegene Stellungnahme der SdP. In der Form sehr höflich, stellt diese Antwort in der Sache eine eindeutige Verurteilung der auch von und immer und immer wieder angebrachten Taktik der SdP vor, sich um jede Stellungnahme zu den meisten Fragen und vor allem zum Hitler-Regime herumzudrücken, praktisch aber vollkommen die Linie Hitlers zu beziehen. Auch dem kürzlichen Versuch Henleins und seiner Getreuen aus dem bedeutendsten Fragenkomplex eine internationale Angelegenheit zu machen, winkte Dr. Beneš sehr energisch ab.

Nun haben die Herren also auch von sehr autoritativer Seite gehört, daß sie zuerst ganz klar Farbe bekennen müssen, bevor man sie überhaupt irgendwie ernst nehmen kann. In Henleins Hauptquartier dürfte es doch heute viel rote Köpfe geben...

Dr. Beneš erklärte u. a., daß die polnische Memorandum auf den tschechoslowakischen Vorschlag, die Differenzen einem internationalen Forum vorzulegen, am Samstag eingetroffen sei und eben studiert werde. Die Entscheidung, ob sie veröffentlicht wird, soll erst in den nächsten Tagen fallen. Der Minister persönlich ist für die öffentliche Behandlung dieser Frage.

Dann beschäftigte sich Dr. Beneš also mit Herrn Peters. Wenn jemand die Konzeption des Außenministers kritisiert, dann möge er sagen, welche Konzeption er selbst hat. Zu den Vorwürfen, daß wir uns mit entfernt liegenden Staaten einigen und nicht mit den Nachbarn, erklärt der Minister, daß er schon so oft die Freundschaft nach allen Seiten ausgedehnt habe, auch nach der Seite, die Dr. Peters im Sinne hat.

Wenn jemand die Außenpolitik unseres Staates kritisiert, so kann er dies unmaßiglich in der Form tun, daß er sich hinter die politische Linie eines anderen Staates stellt. Wenn einige Kritiker (das heißt die SdP-Mitglieder) sich kritisch zum eigenen Staat einstellen, aber untreu zu einem anderen Staat, so muß man dies a priori ablehnen.

Die gemäßigtere Linie in den Ausführungen Dr. Peters gegenüber den Reden seiner Parteigenossen im Plenum erkennt der Minister übrigens an. Auch zu dem Konflikt mit Polen hätte Dr. Peters einen Standpunkt einnehmen und nicht einfach sagen sollen, daß sei eine vorübergehende Sache, zu der sie nicht Stellung zu nehmen brauchen. Wenn Dr. Peters weiter sagte, daß ihm diese Sache nur insoweit interessiere, wie die Kinderseitenfrage überhaupt auf die Beziehungen anderer Staaten zu unserem Staate einwirke, so sei das ein ultraliberaler Standpunkt und ein Fehler. Hätte Dr. Peters dazu einen Standpunkt bezogen, so hätte er festhalten müssen, wie man die Kinderseiten bei uns und wie man sie anderwärts behandelt. Der Vergleich wäre zu unserer Unannehmlichkeit ausgefallen. Weiter müßte Dr. Peters dann zu dem Schluß kommen,

daß unsere Außenpolitik die Einmischung jedes anderen Staates in unsere Minoritätenangelegenheiten ablehnt. Darin sind wir konsequent und werden es bleiben. Wir haben die Kinderseitenverträge unterschrieben und wollen sie einhalten. Werden sie nicht eingehalten, dann kann sich wer immer nach Genf wenden aber

es ist unzulässig, daß welcher Staat immer darauf einen bilateral-internationalen Konflikt mache.

Das ganze System des Völkerbundes und das Minoritätenproblem überhaupt wurde gerade deshalb geschaffen, damit es nicht zu direkten Konflikten zwischen den Staaten komme, sondern nur auf dem Wege über Genf. Dieses System ist richtig und wir haben es immer verteidigt. Es ist daher auch für Dr. Peters wichtig, dazu Stellung zu nehmen und zu sagen: Wir nehmen diese Konzeption an oder nicht. Das verlangt der Minister in seiner Rede. (Dr. Peters: Das ist viel verlangt!) Dr. Beneš: Die beste Taktik ist es, die Dinge so auszusprechen, wie sie sind!

Auf die Außenhandelspolitik übergehend, weist Dr. Beneš darauf hin, daß eine gewisse Erhöhung des internationalen Warenaustausches zu

verschieden ist. Nur eine Belebung, die auf einem erhöhten Warenaustausch beruht, trägt sich auf natürliche Grundlagen. Die Versuche zur Belebung der heimischen Produktion ohne gleichzeitige Belebung des internationalen Warenaustausches haben keine Bedeutung für die Erhöhung des Nationaleinkommens. Trotz großen Schwierigkeiten ist es der Regierung gelungen, durch Abkommen mit einigen Staaten zu verhindern, daß Maßnahmen dritter Staaten sich für unseren Export allzu schädlich auswirken, bzw. erworbene Vorteile zu erweitern und durch neue Verträge die Grundzüge für dauerhaftere Handelsbeziehungen zu schaffen. Bei der letzten Wirtschaftstagung der Kleinen Entente wurde eine erhebliche

## Der Landespräsident berichtigt und warnt

In der Freitagssitzung der böhmischen Landesvertretung kam es — wie wir bereits berichtet haben — durch wiederholte Entgleisungen vor allem des Finanzlandesreferenten Dr. Kubista zu Zwischenfällen, die das bisher gute Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen in dieser Körperschaft zu gefährden drohten. In der Dienstsitzung gab nun der Landespräsident Doktor Sobotta als Vorsitzender der Landesvertretung folgende Erklärung ab, die die falschen Behauptungen richtigstellt:

Die bisherige Sachlichkeit und der Ernst der Budgetdebatte wurden Freitag vor Schluß der Sitzung dadurch getrübt, daß der Verlauf der Debatte plötzlich aus den ruhigen Bahnen glitt und noch dazu bei Angelegenheiten, die nicht einmal in die Kompetenz der Landesvertretung fallen. Ich hoffe bestimmt, daß dieses unvorhergesehene Inzident keinen Einfluß auf die ruhige Zusammenarbeit haben wird, zu welcher vorher unterschiedslos alle Parteien ihren Willen kundgegeben haben. Ich bitte daher alle Damen und Herren, bei den Verhandlungen stets nur diese gemeinsame Arbeit vor Augen zu haben, denn nur durch diese wird die Würde der Landesvertretung gehoben und die ordentliche Führung der Landesangelegenheiten erreicht, um die wir uns alle bemühen. Das werden wir erzielen, wenn Sie sich bei allen Neuerungen nach Möglichkeit auf Angelegenheiten beschränken,

Verbesserung des Warenaustausches der Tschechoslowakei mit den beiden verbündeten Staaten konzentriert.

Beständig der Sanktionen gegen Italien studiert das Ministerium gegenwärtig die Frage der gegenseitigen Hilfe der die Sanktionen durchführenden Staaten. Auch wir leiden, erklärte Dr. Beneš, durch die Sanktionen und daher wünschen wir eine baldige Lösung des ganzen Konfliktes herbeiführen und bleibt weiterhin das System der Meistbegünstigung das Beste, sonst wären wir auf einen ungleichen Kampf mit zumeist ardueren Staaten angewiesen. Der Minister anerkennt auch die Notwendigkeit, das Exportkontingent besser auszunutzen. Mit seinen Ausführungen über die Tätigkeit des Ministeriums in wirtschaftlicher Hinsicht will der Minister dem Parlament besagen, daß sein Amt in wirtschaftlichen Dingen nicht passiv initiativ verhalte. Wenn sein letztes Ersuchen im Plenum mehr politische als finanzielle Dingen gewidmet war, so sei das bei der heutigen politischen Situation beabsichtigt.

## Das Programm der Industrie

Lange hat es gedauert, ehe die Industriellen, obwohl sie sich des Führungsanspruches in der Wirtschaft keineswegs begeben haben, mit einem umfassenden Programm der Krisenbekämpfung an die Öffentlichkeit traten. Nun liegt als Memorandum des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Industriellen an die Regierung, ein solches Programm vor, das wegen der Bedeutsamkeit der aufgeworfenen Fragen und mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Macht ihres Trägers ernste Stellungnahme erheischt.

Es soll dortweg durchaus nicht geleugnet werden, daß das Memorandum eine ganze Reihe von Vorschlägen enthält, denen, wenn auch mit Einschränkungen und Vorbehalten, zugestimmt werden kann. Hierher gehören die Anregungen zur Förderung des Exports, zur Belebung der Vorkriegstätigkeit, zum systematischen Ausbau des Verkehrsnetzes. In diesen Dingen wird die Industrie auch die Unterstützung der Arbeiterschaft finden. Ist doch beispielsweise die Vereinheitlichung der Kompetenzen in der Außenhandelspolitik längst von sozialistischer Seite gefordert worden. Der allgemein ausgesprochene Wunsch, den Industriellen den Kapitalmarkt leichter zugänglich zu machen, hat durch unseren Vorschlag, eine Obligationzentrale zu schaffen, bereits weit konkretere Gestalt erhalten. So gibt es eine Reihe von Dingen, über die eine Verständigung durchaus möglich ist. Es soll den Industriellen auch nicht zu sehr betragt werden, daß sie in einem Atem nach Ordnung im Staatshaushalt rufen und Belastungen der Staatskasse, wie z. B. durch das zweifelhafte Mittel der Exportprämien, verlangen. Das sind Anträge, denen wir nicht beipflichten können, die uns aber keineswegs überraschen.

Aber in anderer Richtung fordert das Memorandum der Industriellen unsere Kritik heraus. Wenn wir das Memorandum zu Ende gelesen haben, müssen wir uns fragen: Und das soll ein Weg aus der Krise sein? Die Industriellen, erfindungsreich in Einzelvorschlägen, von denen manche nützlich und gut durchdacht sind, verfügen vor dem grundsätzlichen Krisenproblem. Sie haben es verstanden, eine Reihe zum Teil sehr zweckmäßiger Maßnahmen anzulegen, den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg können sie nicht zeigen.

Das Memorandum kommt um diese Klippe freilich mit Leichtigkeit herum. Es leugnet die Systemkrise einfach weg. Es weiß den Gedanken, daß ein Umbau der Wirtschaftsordnung notwendig wäre, weit von sich. Die Industriellen sehen den möglichen, in manchen Ländern beträchtlichen Aufstieg der Produktion, sie hoffen, daß der Höhepunkt der Ausartungsstrebungen überschritten sei, und damit ist die Krise des Kapitalismus als Wirtschaftssystem für sie erledigt. Sie selbst bescheiden, daß der internationale Index der industriellen Produktion im Vergleich zum Jahre 1928 heute 103,8, der Weltindex dagegen nur 77 beträgt, aber sie sehen in diesem krassen Mißverhältnis zwischen Produktion und Zirkulation, das einen unüberwindlichen Widerspruch zwischen Erzeugungskapazität und Verbrauchsmöglichkeit anzeigt, keine Krise eines untauglich gewordenen Wirtschaftssystems. Sie sprechen in aller Gemütsruhe von der Fürsorge für jene, die dauernd arbeitslos bleiben, aber sie fühlen nicht, daß diese Kapitulation vor dem Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit eine Verurteilung ihrer Wirtschaftsordnung ist. Der Verbrauch spielt für sie nur die Rolle der Nachfrage, die den Abfall ihrer Erzeugnisse ermöglicht, daß die Erzeugung den Bedürfnissen der Menschen dienen soll, ist ihnen ein vollkommen fremder Gedanke.

Eingesponnen in diese Ideologie, raten sie uns allen Ernstes, das große Wirtschaftswunder von der Unternehmerinitiative zu erwarten. Ohne Spur einer inneren Demümmung erzählen sie uns, daß sie an der gegenwärtigen Krise ganz unschuldig seien, während die verflochtene Konjunktur ihre Verdienste gemessen wäre. Man möge daher um Himmelswillen die Unternehmer nicht mit dem Schreckgespenst der Verstaatlichung einzelner Produktionszweige oder der Zwangsindustrialisierung ängstigen, man möge sie doch mit so unvernünftigen Maßnahmen wie Verkürzung der Arbeitszeit, obligatorische Arbeitsvermittlung, Verbindung von Lohnregelungen (Hess Abbau) verschonern, denn das alles hemmt die Unternehmerinitiative, die es allein zu schaffen vermag. Leichter als

## Laval stellt sich der Kammer Sozialisten zur Verantwortung bereit

Die französische Kammer, die zum Unterschied von den Parlamenten mit gebundenen Fraktionen ja noch ein sehr dramatisches und an Wechselfällen reiches Leben hat, geht einer ihrer bewegtesten Sessionen entgegen. Rüst Monate hat Laval mit einer Flut von Dekretes auf Grund des Ermächtigungsgesetzes regiert. Nun muß er sich knapp vor Jahresabschluss mit dem Budget an die Kammer wenden.

Die Gegensätze, die auf finanzpolitischem Gebiet zwischen ihm und einem Teil seiner Gefolgschaft bestanden, sind noch bereinigt worden, so daß von daher dem Kabinett jetzt keine Gefahr droht, obwohl die Sozialisten sehr heftig gegen die Deflationspolitik des Lohnraubs und der Krisenverschärfung opponieren werden.

Erster sind die Gefahren, die dem Außenpolitiker Laval drohen, der seit Monaten eine blamable, für Frankreichs Großmachtstellung vernichtende Politik treibt, deren letzte Krönung ja die Verständigung mit Hitler ist. Der entscheidende Fehler dieser Politik ist nicht, daß sie mit vielen Wällen zugleich spielt, sondern, daß sie jenseits den günstigsten nicht fängt, um sich nach einem andern zu hüthen, der ihr auch wieder entgleitet. Doch wird Derriot, der gegen den Sturz Lavals ist, vielleicht die radikale Fraktion in außenpolitischen Fragen bei der Stange halten können.

Am gefährlichsten für Laval ist jedoch die Frage, ob das Parlament sich ausföhrlisch und vorerst mit den vielen inexplizierten Interpellationen wegen der Zusammenhänge zwischen Linken und Rechten befassen oder ob es das Budget verhandeln soll. Der Minister-

rat ist bereits bei einem Kompromißvorschlag angelangt. Er will von der Kammer nur verlangen, daß sie die Nachmittags-sitzungen dem Budget vorbehalte, vormittags jedoch will er ihr Diskussionsfreiheit über die Innenpolitik geben. Damit wird sich die Linke nicht zufrieden geben. Die Entscheidung liegt aber bei der 150 Mann starken radikalen Fraktion.

Die Sozialisten werden allem ins Treffen führen. Sie erklären, daß sie bereit sind, eine Regierung der Volksfront zu unterstützen, wenn diese Neuwahlen ausführt, gegen die Radikalen vorgeht und sich mit der provisorischen Bewilligung von Budgetzwölften begnügt. Die Radikalen scheinen aber nicht entschlossen, es auf eine solche Regierung ankommen zu lassen, da sie Neuwahlen fürchten und ebenso um die Sicherheit des Kranc hängen, der im Falle eines Erfolges der Linken von den Banken wieder konterminiert würde. Dieser Börsenputsch ist weit gefährlicher als der angebrochte bewaffnete Putsch der „Crox de feu“ des Herrn de la Roque. Eine Linkregierung, die zu allem entschlossen wäre, würde wohl auch einer Neuwahl der Banken Herr werden. Aber zur Bildung einer so starken Linkregierung sind die reichlich bunt gewürfelten Fraktionen der Volksfront und der Einheitsfront kaum imstande.

So hat Laval eine Chance, nochmals zu siegen — nicht als freudig begrüßter Retter, sondern als ein von der ganzen Nation ungerne extragenes Hebel. Das man nicht einmal als Heinstes Hebel bezeichnen kann, sondern nur hinnimmt, weil es im politischen Spiel immer als letzte Karte liegen bleibt.

## Das Programm der Industrie

Lange hat es gedauert, ehe die Industriellen, obwohl sie sich des Führungsanspruches in der Wirtschaft keineswegs begeben haben, mit einem umfassenden Programm der Krisenbekämpfung an die Öffentlichkeit traten. Nun liegt als Memorandum des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Industriellen an die Regierung, ein solches Programm vor, das wegen der Bedeutsamkeit der aufgeworfenen Fragen und mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Macht ihres Trägers ernste Stellungnahme erheischt.

Es soll dortweg durchaus nicht geleugnet werden, daß das Memorandum eine ganze Reihe von Vorschlägen enthält, denen, wenn auch mit Einschränkungen und Vorbehalten, zugestimmt werden kann. Hierher gehören die Anregungen zur Förderung des Exports, zur Belebung der Vorkriegstätigkeit, zum systematischen Ausbau des Verkehrsnetzes. In diesen Dingen wird die Industrie auch die Unterstützung der Arbeiterschaft finden. Ist doch beispielsweise die Vereinheitlichung der Kompetenzen in der Außenhandelspolitik längst von sozialistischer Seite gefordert worden. Der allgemein ausgesprochene Wunsch, den Industriellen den Kapitalmarkt leichter zugänglich zu machen, hat durch unseren Vorschlag, eine Obligationzentrale zu schaffen, bereits weit konkretere Gestalt erhalten. So gibt es eine Reihe von Dingen, über die eine Verständigung durchaus möglich ist. Es soll den Industriellen auch nicht zu sehr betragt werden, daß sie in einem Atem nach Ordnung im Staatshaushalt rufen und Belastungen der Staatskasse, wie z. B. durch das zweifelhafte Mittel der Exportprämien, verlangen. Das sind Anträge, denen wir nicht beipflichten können, die uns aber keineswegs überraschen.

Aber in anderer Richtung fordert das Memorandum der Industriellen unsere Kritik heraus. Wenn wir das Memorandum zu Ende gelesen haben, müssen wir uns fragen: Und das soll ein Weg aus der Krise sein? Die Industriellen, erfindungsreich in Einzelvorschlägen, von denen manche nützlich und gut durchdacht sind, verfügen vor dem grundsätzlichen Krisenproblem. Sie haben es verstanden, eine Reihe zum Teil sehr zweckmäßiger Maßnahmen anzulegen, den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg können sie nicht zeigen.

Das Memorandum kommt um diese Klippe freilich mit Leichtigkeit herum. Es leugnet die Systemkrise einfach weg. Es weiß den Gedanken, daß ein Umbau der Wirtschaftsordnung notwendig wäre, weit von sich. Die Industriellen sehen den möglichen, in manchen Ländern beträchtlichen Aufstieg der Produktion, sie hoffen, daß der Höhepunkt der Ausartungsstrebungen überschritten sei, und damit ist die Krise des Kapitalismus als Wirtschaftssystem für sie erledigt. Sie selbst bescheiden, daß der internationale Index der industriellen Produktion im Vergleich zum Jahre 1928 heute 103,8, der Weltindex dagegen nur 77 beträgt, aber sie sehen in diesem krassen Mißverhältnis zwischen Produktion und Zirkulation, das einen unüberwindlichen Widerspruch zwischen Erzeugungskapazität und Verbrauchsmöglichkeit anzeigt, keine Krise eines untauglich gewordenen Wirtschaftssystems. Sie sprechen in aller Gemütsruhe von der Fürsorge für jene, die dauernd arbeitslos bleiben, aber sie fühlen nicht, daß diese Kapitulation vor dem Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit eine Verurteilung ihrer Wirtschaftsordnung ist. Der Verbrauch spielt für sie nur die Rolle der Nachfrage, die den Abfall ihrer Erzeugnisse ermöglicht, daß die Erzeugung den Bedürfnissen der Menschen dienen soll, ist ihnen ein vollkommen fremder Gedanke.

Eingesponnen in diese Ideologie, raten sie uns allen Ernstes, das große Wirtschaftswunder von der Unternehmerinitiative zu erwarten. Ohne Spur einer inneren Demümmung erzählen sie uns, daß sie an der gegenwärtigen Krise ganz unschuldig seien, während die verflochtene Konjunktur ihre Verdienste gemessen wäre. Man möge daher um Himmelswillen die Unternehmer nicht mit dem Schreckgespenst der Verstaatlichung einzelner Produktionszweige oder der Zwangsindustrialisierung ängstigen, man möge sie doch mit so unvernünftigen Maßnahmen wie Verkürzung der Arbeitszeit, obligatorische Arbeitsvermittlung, Verbindung von Lohnregelungen (Hess Abbau) verschonern, denn das alles hemmt die Unternehmerinitiative, die es allein zu schaffen vermag. Leichter als

### Radikale unnachgiebig

Paris. Die Nachmittags-Sitzung des Radikalen Klubs brachte keine Klärung der Lage. Trotz der eindringlichen Vorstellungen der Minister Petriot und Bonnet, verharren zahlreiche Radikale darauf, daß die Regierung an die Spitze des Programmes vor der Finanzdebatte die Debatte über die Ligen setzen möge. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Radikalen der Finanzdebatte den Vorrang unter der Bedingung geben werden, daß die Kammer am 3. Dezember den neuen Text über die Ergänzung der Regierungsbefehle über die Manifestationen, die Auflösung der Ligen und das Recht, Waffen zu tragen, genehmigen werde. Die Resolution wurde mit 28 gegen 20 Stimmen angenommen.

durch Neueinstellung von Arbeitern verringert man die Arbeitslosigkeit, indem man die Arbeitslosenstatistik auf „wissenschaftliche“ Grundlagen stellt. Davon werden die Arbeitslosen zwar nicht satt, aber sie verschwinden aus der Statistik.

Was für eine Vorstellungswelt! Dieselben Unternehmer, deren Initiative nicht einmal imstande war, ein Netz von Handelskorrespondenten zu schaffen, so daß sie das Aufspüren neuer Absatzmöglichkeiten im Auslande vom Staate verlangen, wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Neueinstellung von Arbeitern ihrer absoluten Willkür entzogen wird. Sie laufen Sturm gegen den Gedanken öffentlich Kontrollierter Zwangsindustrie, aber sie verlangen gleichzeitig vom Staate, daß er die Kartellierung fördert und ihnen die Außenleiter vom Halse schafft. Sie haben gegen das Diktat der Parteien nie aufzukommen gewagt, aber bei der Vorstellung, daß der Staat und gar — schrecklicher Gedanke! — die Arbeiter und Konsumenten in der Produktion, die auf ihrer Arbeit und ihrer Kaufkraft beruht, ein Wort mitreden sollen, stehen ihnen die Haare zu Berge. Daß die Errichtung neuer Betriebe verboten wird, finden sie ganz in der Ordnung, aber daß auch die Einstellung von Betrieben verhindert wird, ist ein unzulässiger Eingriff in die Unternehmerinitiative. Diese Initiative hat nicht ausgereicht, in den einzelnen Produktionszweigen Ordnung zu schaffen, so daß der Staat zu Hilfe gerufen wird, aber wenn der Staat dann auch die Arbeitsbedingungen regeln will, wird ihm eine manchesterliberale Predigt von der Funktion der Verfassung gehalten.

Die Verkündung einer Unternehmerinitiative, die sich in Lohnsenkungen und Betriebsstillegungen erschöpft, aber von der Staatshilfe die Unterbindung der Konkurrenz verlangt, die doch zum Wesen des Kapitalismus gehört, kann uns nicht aus der Krise herausführen. Erst bis die Hunderttausende hungernder Menschen, die sich von gaulerischen Volksgemeinschaftspropaganden den Scharfmacher zum Brotgeber verklären ließen, bis die Bauern, denen eine unaufrichtige Kapitulation den Sozialismus als den bösen Feind vorstellte, bis der Mittelstand, der im sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse und nicht im Verfall der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung die Ursachen seines Elends zu sehen gewohnt war, erst bis alle diese Schichten sich mit der kämpfenden Arbeiterschaft zusammenschließen zur Schaffung einer planmäßig von der organisierten Gemeinschaft geleiteten Produktion, erst dann wird das Wirtschafts-elend überwunden werden.

## Christlichsoziale und SdP

Vor und während der Wahlen, zu der Zeit, als der Senator Dr. Hilgenreiner noch Parteiführer war und die Partei bedenklich in das völkische und totale Lager der Faschisten geführt wurde, schwammen die Christlichsozialen ganz im Nebel der Heineinbewegung. Allerdings fehlte nicht viel und die Partei hätte bei den Wahlen völlig Schiffbruch erlitten. Die Theorie, erst die völkische Ueberzeugung und dann erst die Religion, erst deutschvölkisch sein und dann erst christlichsozial, die ganz offen propagiert wurde, erlitt einen argen Stoß.

In einer christlichsozialen Versammlung in Reichenberg gab nun Herr Senator Hilgenreiner seine jetzige Ansicht über die SdP kund. Er erklärte:

„Die Entwicklung der Sudetendeutschen Partei kann nach zwei Richtungen erfolgen. Entweder sie entwickelt sich nach rechts und kommt uns in unseren weltanschaulichen Fragen recht nahe. Diese Entwicklung wäre möglich, wenn man Konrad Henlein selbst und einen Teil seiner Führerschaft betrachtet. Es besteht aber die große Gefahr, daß die Entwicklung sich nach links richten wird.“

Die Ansichten des Herrn Hilgenreiner über den Entwicklungsgang der SdP verraten keine besondere Kenntnis der Tendenzen der SdP. Ihre Entwicklung vollzieht sich in der Entwicklung aller faschistischen Parteien, die in der Umgebung unseres Landes in den letzten Jahren zu beobachten waren. Sie entwickelt sich zu einer Unternehmerpartei, in der die Arbeiter und Angestellten Staffage bilden dürfen.

Daß die SdP sich nicht in sozialistischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Sinn nach links entwickeln wird, dafür wird sicher der „Stammesführer“ sorgen und diese Entwicklung werden die Geldgeber der SdP, heutzutage abbiegen, wenn etwa solche Tendenzen zutage treten sollten. Einstweilen sind sie noch nicht vorhanden.

Herr Hilgenreiner ist über die Auswirkungen, die die Wahlen hatten, anscheinend noch nicht genügend unterrichtet. Um so mehr ist es aber die christlichsoziale Presse, die diese Auswirkungen zu spüren bekommt und die Mitglieder, die den Hilgenreiner-Kurs wahrscheinlich nicht mehr lange mitmachen werden, wenn nicht eine radikale Schwänkung zu einer realen und sozialen Politik erfolgt. Schon rebelliert es in den Mitgliederkreisen der Christlichsozialen. Vor einiger Zeit veröffentlichte die „Deutsche Presse“ die Zuschrift eines Lesers über den Fall Hollube. Der Leser schreibt unter anderem:

„Bei jeder Gelegenheit spricht Konrad Henlein von der Reinheit und Sauberkeit in der Politik. Beim Lesen seiner Reden gewinnt man den Eindruck, Henlein habe es sich zur Aufgabe gemacht, die Unsauberkeit in der Politik zu bekämpfen. Ein lobenswerter Vorsatz. . . Henlein spricht von der Sauberkeit der anderen, in seinen eigenen Reihen aber darf ein Parlamentarier sitzen, der wegen Diebstahls vier Monate abgesessen hat. Etwas Innerhörtes!!!!“

Die Stimme dieses Lesers deckt sich mit der Meinung, die in neuester Zeit ständig in der christlichsozialen Presse vertreten wird. In der Abwehr der SdP-Angriffe gegen die Christlichsozialen und ihre Presse, die nicht immer sonst sind, sondern ganz so, wie man es gewohnt ist aus den Angriffen gegen den Marxismus, findet

die liberale Presse recht bezeichnende Töne und Argumente. Es gibt da scharfe Auseinandersetzungen und diese Auseinandersetzungen der einstmals freundschaftlichen Brüder, die Arm im Arm im Kampf gegen den Marxismus standen, die sich gegenseitig begünstigten, deren Führer man im Kampfe gegen die Sozialdemokratie kaum noch auseinanderhalten konnte, sind bezeichnend. Wie tiefgehend die Zerwürfnisse sind, kann man auch aus folgender Auslassung der „Deutschen Presse“ ersehen. In einer Polemik über die Frage, was deutschvölkisch ist, schreibt die „Deutsche Presse“:

„Die Hauptleitung des SdP hat den Abgeordneten Dr. Köhner mit den hochschulpolitischen Aufgaben betraut. Seitdem hat sich ein Arbeitskreis der SdP-Studenten gebildet, der seinen Zweck in dem Versuche einer planmäßigen Verpolitisierung der deutschen Hochschüler erblickt. Dabei wird der unreifen Jugend von den verantwortlichen Parteifaktoren anscheinend zu den unangenehmsten Annahmen Freiheit gelassen. Auf Briefpapier mit dem gedruckten Kopf der SdP versehen, die die Grundlage des Aufgabenkreises der SdP-Studenten, deren erster lautet: „Aufgabe des Arbeitskreises ist die Erfassung sämtlicher nichtkorporierter deutschvölkischer Hochschüler in der Tschechoslowakischen Republik. Deutschvölkisch ist im Sudetenraum nur derjenige Hochschüler, der sich durch die Zugehörigkeit zur SdP zu Konrad Henlein bekannt oder dem Turnverband angeschlossen.““

Die Christlichsozialen hätten sich diese Feststellung ersparen können, wenn sie nicht aus Haß gegen die sozialdemokratische Bewegung den Henleinern Hilfsstellung geleistet hätten. Sie hätten sich auch eine Kennzeichnung dieser Methoden der SdP ersparen können. Wenn man heute schreibt, daß es „eine hemmungslose Annäherung“ ist, was die SdP, erneut treibt, eine „Beleidigung für die übrige deutsche Studentenschaft“ darstellt, so ist den Politikern mit der langen Leitung zu sagen, daß diese Erkenntnis im entscheidenden Augenblick vorteilhafter für die Politik unseres Landes gewesen wäre. Hätte man früher die Politik mehr vom Verstande leiten lassen, statt vom Haß gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, wäre den Christlichsozialen auch die schamvolle Behandlung nicht widerfahren, die ihnen die Heineinbewegung jetzt zuteil werden läßt. Folgendermaßen höhnt die Heinein-Propaganda:

„Die christlichsoziale schreibende Presse erhebt sich darüber, daß einige sudetendeutsche Blätter dem Sinne nach schreiben: Die Christlichsoziale Partei habe für das Außenexposé des Ministers Dr. Benedikt gestimmt. . . Und gerade das bekreuzt die christlichsoziale Presse mit einem aufgereagten Wschimpf. . .“

Schadenfreude ist in der Politik nicht angebracht. Aber die Lektion, die die Presse Konrad Henleins heute den Christlichsozialen erteilt, ist nicht unbedeutend.

Die böhmische Landesvertretung setzte am Dienstag die Budgetdebatte über die Kapitel Landwirtschaft und Öffentliche Arbeiten fort.

### Arbeitsminister verspricht Beschleunigung der Investitionen

Arbeitsminister Ing. Dostalek unterstreicht in seinem Exposé die Notwendigkeit der Koordination der Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die sich zu seiner Befundung als notwendig erweisen. Er hob die Bedeutung der öffentlichen Investitionen im Rahmen dieser Maßnahmen hervor und erklärte es für unumgänglich notwendig, ihre Verwirklichung zu beschleunigen und damit so wirksam wie nur möglich in den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einzugreifen.

Können die Investitionen in dem notwendigen weitesten Rahmen nicht aus Budgetmitteln gedeckt werden, dann muß man eine andere Art der Finanzierung suchen, ohne freilich die gesunde Finanzpolitik des Staates zu fören.

Das Ministerium wird für 1936 einen Betrag von 600 Millionen für staatliche Investitionen zur Verfügung haben. Dazu kommen 250 Millionen an Subventionen für nichtstaatliche Faktoren und 130 Millionen Kredite für Erhaltungsarbeiten. Daraus ergibt sich ein Betrag von fast einer Milliarde Kč als Beitrag der öffentlichen Arbeiten zur Milderung der Arbeitslosigkeit.

Von größeren Hochbauten, die sein Ressort in Angriff nehmen kann, erwähnt der Minister die Lösung der Frage der Prager Kliniken, deren Bauprogramm in der Höhe von 180 Millionen auf eine lange Reihe von Jahren verteilt ist. Das Projekt besteht aus zwei Teilen: der Rekonstruktion der Krankenhäuser im Innern der Stadt (Allgemeines Krankenhaus und Divisionshospital) und dem Bau eines klinischen Spezialkrankenhauses an der Veverská. Sobald die Grundstücke gesichert sind, werden zunächst die klinischen Projekte ausgeführt werden. Weiter soll der Bau der Sazávka-Galerie auf der Prager Letna noch Ende 1936 begonnen werden.

Der Minister gab dann eine Uebersicht über die projektierten Wasser- und Straßenbauten. Etwas 44 Prozent der Staatsstraßen hatten noch der Modernisierung. Der Aufwand für die bisherigen Straßenbauten und -erneuerungen erreicht bis Ende 1935 rund 1970 Millionen. Für die nichtstaatlichen Straßen sind 212 Millionen präliminiert.

Die weiteren Ausführungen des Ministers waren dem Flugwesen gewidmet, wobei er insbesondere die Wichtigkeit der neuen Verbindung mit Ausland betonte, die im Frühjahr eröffnet werden wird.

Ueber die Elektrifizierung des flachen Landes berichtete der Minister, daß bisher bereits 8622 Gemeinden elektrifiziert sind, während 7060 noch der Elektrifizierung harren. Aus Staatsmitteln wurde hierzu mehr als eine Viertelmilliarde beteuigt.

### Pruberlademoveile noch im heurigen Jahr?

Im sozialpolitischen Ausschuß fand eine Aussprache über die Vergarbeitsverficherung statt, über die Oberstl. Bednaš vom Ministerium für öffentliche Arbeiten referierte. Dr. Schönbaum ergänzte diese Ausführungen durch ein umfangreiches Referat. Der Ausschuß sprach nach längerer Debatte der zuständigen Kommission und Dr. Schönbaum für seine Mitarbeit den Dank aus. Es wurde der Antrag angenommen, daß die betreffende Novelle beschleunigt vorgelegt werden soll, damit sie noch bis Ende 1935 verfassungsmäßig verabschiedet werden könne.

## UNSER GESICHT

11 Roman von Karl Stym  
Copyright by Eugen Prager-Verlag, Bratislava

Hinter der „Rolle“ ist eine große, betonierte Aschengrube. Als Paul und ich dran vorübergehen, hören wir jämmerliches Glucksen. Wir sehen nach. Die Aschengrube ist an einen Garten gebaut. Zwischen der Betonwand und dem Gartenzaun ist ein etwa halbmeterweiter Schlitz. Hell langt hinein und zieht einen Jungen beim Rockkragen heraus.

„Laß mich aus!“  
Der Junge wehrt sich. Er versucht, Pauls Hand mit einer Zigarette zu brennen. Es ist Schicks Ältester, ein bekannter Lausejunge.

Ich habe inzwischen den zweiten herausgeholt. Der fünfjährige Jupp Karli weint. Seine blonden Haare sind voll Wagenschmiere.

Hell fährt Schicks Sprößling an:

„Was hast du mit dem Kleinen gemacht?“  
„Gespielt!“ ist die freche Antwort.  
Jupp Karli faßt Mut.

„Er hat mir — den Kopf angeschmiert. — Dann hat er mir — die Zigarette in den Mund gesteckt — und ich hab' müssen — anziehen! — Es brennt so!“

Wagenschmiere und Tränen rinnen über das Kindergesicht.

„Laß meinen Jungen los!“ schreit eine grelle Stimme vom ersten Haus her. Gleich darauf flattert die Schickin auf uns zu. Auf ihrem grauen Gesicht glühen zwei rote Flecken. Sohe ich dieses Weib, so habe ich immer die Vorstellung von einem Zaunstecken, um den ein paar schmutzige Lumpen gehüllt sind. Ihre zehn Kinder und der versoffene Mann haben ihr jede Weiblichkeit genommen. Aber ihre Kinder liebt sie trotzdem.

„Was hat er denn gemacht?“  
„Sehen Sie diesen Kleinen da an!“  
„So was tut der Meine nicht!“ ist die entschiedene und gläubige Antwort.

Welche Mutter hat nicht das bravste Kind? —  
„Wir vielleicht?“  
Hell wird wütend.

„Wasche den Kleinen wenigstens, sonst bekommt er zu Hause obendrein noch Prügel!“  
Das Weib funkelt mich an:

„Ich? — Ich hab' selbst zehn solche Stücke! — Und für die? — Das Diebsgesindel? — Nein! Die soll sich ihre Selse selber kaufen, mit dem gestohlenen Geld!“

Sie nimmt ihren Jungen und schiebt ihn wie schützend vor sich her, immer noch schimpfend und betauernd.

Paul wischt mit seinem Taschentuch den ärgsten Schmutz vom Gesicht des kleinen Jupp. Der heult noch immer.

„Das gib deiner Mutter!“  
Paul drückt ihm einen Schilling ins schmutzige Händchen. Jetzt geht's erst recht los. Die Tränen purzeln nur so aus den Augen, — um einen zweiten Schilling. Seine arme Mutter kann viel solche brauchen. . .

Wir auch.  
Auf der mageren Wiese vor Schropp's Häuschen bleibt Paul stehen und sieht zur „Rolle“ zurück hinauf.

„Schrecklich, wie die da oben Kinder erziehen!“  
„Erziehen, glaube ich, wollen sie gar nicht. Sie füttern ihre Kinder nur recht und schlecht groß und geben ihnen die Logik ihres Lebens. Die ist weder weltbewegend, noch schön und ohne viel Umsehens, aber selbstverständlich für sie!“

Die Schropp Sophie drückt sich an uns vorbei gegen die „Rolle“. Ich spitze meine Lippen und schmatze. Das Mädchen tut verlegen.

„Das Essen ist schon gerichtet! — Und wenn Vater fragt, wo ich bin, so sagt — —!“  
„Beim Röhling!“

„Untersteh dich!“ —  
Eine Stunde später mache ich den gleichen Weg. Oberhalb der „Rolle“ rennt mich Röhling beinahe um.

„No!“  
Röhling, scheint mir, mag sich wieder mal selbst nicht.

„Mensch, ich wollt', du hättest einen Strick für mich!“  
„Wenn's pressiert, muß es auch der Hosenträger machen!“

Der Kerl ist komplett auseinander, als habe er eine Spinne geschluckt oder einen Haupttreffer gemacht.

„Heiraten soll ich! — Hast du verstanden; Hei — ra — ten! — Die Sophie! Ich die Sophie? — Die ist verrückt!“

„Was wird dir schließlich anders übrig bleiben?“  
Das Teller Gesicht vor mir arbeitet mächtig. Bald sieht es aus wie eine glatte Mondscheibe, dann wieder wie eine ver-runzelte Tomate.

„Nichts! Rein gar nichts! — Verdamm!“  
Er stampft halb wütend, halb ergeben davon.

Röhling ist eine ehrliche Grubenratte, aber außerhalb der Grube ist er ein Narr. Auf der einen Seite ordinär bis zur Schamlosigkeit, auf der anderen voll Sehnsucht wie ein alberner Backfisch. Er leidet an der fixen Idee, das Leben habe für ihn noch eine Chance mit steifen Krägen und scharfen Bügelfalten bereitgestellt. Wie und was es sein soll, weiß er allerdings selbst nicht. Aber er glaubt an seine „Bestimmung“. Wir anderen bemühen uns gar nicht, ihm das auszureden; erstens wäre es zwecklos und zweitens profitieren wir dabei. Seine sehnsüchtige Tolpatschigkeit ist für uns ein köstliches Amüsement.

Inzwischen ist es dunkel geworden. Am reingefegten Himmel steht der Mond. Zwischen den Buchenstämmen flimmert hier und da ein Licht auf. Von der „Rolle“ unten.

Martha erwartet mich schon.

Vom Flachland unten kommt ein frischer Wind. Wir schmiegen uns ganz eng aneinander. Eine fast taube Stille ist um uns.

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Passionsweg der Telnitzer Arbeiterschaft

### Die Ausiger Bezirksbehörde widerruft — Die Belegschaft wird geopfert!

Am gestrigen Tag ist das Unerwartete wahr geworden, die Ausiger Bezirksbehörde hat ihren eigenen Beschluss, durch den die Stilllegung der Telnitzer Porzellanfabrik unterjagt wird, mit sofortiger Wirkung aufgehoben, obwohl die Entscheidung des Handelsministeriums noch nicht gefasst ist. Die Wirkung machte sich im Betriebe sofort bemerkbar, es wird nicht mehr gearbeitet, nur einige wenige Arbeiter sind mit Aufbaumungsarbeiten beschäftigt.

Das Porzellankartell hat vorerst auf der ganzen Linie gesiegt, obwohl das Handelsministerium erst endgültig entscheiden wird.

Die Ausiger Bezirksbehörde wäscht ihre Hände, wie jener römische Landpfleger, in Unschuld, sie hat in ihrem Aufhebungsbefehl nicht etwa gegen die Arbeiter Stellung genommen, sondern sie verschänzt sich hinter ihrer angeblichen Unzuständigkeit, die dadurch eingetreten sein soll, daß das Handelsministerium die Entscheidung an sich gerissen hat. Wir kennen Dutzende von Fällen, in denen Entscheidungen von Bezirksbehörden nicht rückgängig gemacht wurden, obwohl nachher ein Ministerium zur endgültigen Entscheidung angerufen wurde. Warum ist diesmal anders verfahren worden? Oder hat die Bezirks-

behörde etwa einen Wink vom Handelsministerium erhalten und stellt die Aufhebung bereits eine ministerielle Vorentscheidung dar?

Die Telnitzer Arbeiterschaft hat für diese Schachzüge kein Verständnis.

Nachdem nunmehr die juristische Komplikation des Rekurses gegen die Versteigerung beseitigt worden ist, da das Gericht den Rekurs abgelehnt hat, damit also die böhmische Escomptebank die endgültige Besitzerin geworden ist, hofft die Belegschaft, daß nun der Weg für eine ihr günstige Entscheidung vollkommen frei geworden ist. Sollte sie sich geirrt haben?

200 Menschen haben jetzt Zeit nachzudenken. Sie erfahren von täglich einlaufenden Ordres, die nicht ausgeführt werden können, sie hören, daß die Konsummassenverwaltung bereit sei, zu arbeiten, wenn ihr bloß die Liegenschaften auf sechs Monate zur Verfügung gestellt werden und lesen in den Zeitungen, daß der Ministerpräsident und der Innenminister erst jüngst Neben gehalten haben, in denen versichert wird, es soll alles nur Mögliche zur Exportförderung getan werden. Und hier wird fast lächelnd auf 600.000 Kč Auslandsdevisen verzichtet. Was sagt eigentlich die Nationalbank dazu?

sen werden. Aber das hat nichts geholfen. Der Jägerndorfer heileinoffizielle „Aufruf“ veröffentlicht jetzt selber Einzelheiten über neue Schwelgereiten unter dem Titel „Wir warnen!“ Man warnt nämlich die Ausgeschlossenen, weiter „Gerechtigkeit und Verdächtigungen“ auszukünnen. „Die die Ehre und den guten Namen opferbereiter Kameraden herabsetzen und der Bewegung Schaden sollen“. Also macht die Opposition den Henleins allerhand Schwierigkeiten. Und wie unsere „Vollpresse“ meldet, hat diese Opposition jetzt auch eine geistige Plattform gefunden. Friedrich Kopytschek hat die „Sudetendeutsche Freiheit“ und die „Sudetendeutsche Arbeiterpartei“ gegründet. Zu gleicher Zeit sammeln sich die völkischen Arbeiter hinter dem gewissen nationalsozialistischen Sekretär Mösler aus Gablona. In den Tropschauer Betrieben zirkulieren die Flugblätter dieser Oppositionsgruppen und ihre Wirkung macht sich vor allem innerhalb der Arbeiter-Standessgruppe bemerkbar.

Ein neuerliches Todesopfer des wilden Bergbaues. Der arbeitslose Ernst Brosch aus Weiskirchlich wurde Dienstag früh in einem bei der Sidmader Straße im „Gründl“ befindlichen Kohlenloch von seinem Arbeitskollegen tot aufgefunden. Brosch dürfte sich schon am Montag abends in den Schacht begeben haben, um Kohle zu graben. Sein Kollege, der Dienstag früh ebenfalls in den Schacht stieg, stieß beim Graben auf einen Fuß und als er Hilfe herbeiholte, konnten sie die Leiche des Brosch an das Tageslicht befördern. Höchstwahrscheinlich wurde der Berunglückte durch eine einströmende Kohlenwand begraben und getötet. Das Kohlenloch, dessen Ergiebigkeit schon erschöpft war, sollte dieser Tage verschüttet werden. Ein tragisches Schicksal kehrt den Kohlengräber in diesen Schacht steigen, der noch vor seiner Schließung ein Todesopfer forderte.

## Abkehr vom Fascismus gefordert

### Polnische Sozialisten für Verständigung mit der Tschechoslowakei

Warschau. Die Hauptleitung der polnischen sozialistischen Partei veröffentlichte Dienstag den Inhalt der Resolutionen, welche während der letzten Beratungen dieser obersten Instanz der Partei angenommen worden sind.

Diese Resolutionen schlagen einen scharfen oppositionellen Ton an. In innerpolitischer Beziehung verlangt die Partei die Amnestierung aller politischen Häftlinge, Rückkehr der politischen Emigranten und Liquidierung des Konzentrationslagers in Berega.

In der Resolution, welche sich auf die außenpolitische Situation bezieht, wird an erster Stelle das Verhältnis Polens zu der Tschechoslowakei besprochen. Darin heißt es: Auf außenpolitischem Gebiete verharret Polen trotz dem Trude der unabhängigen öffentlichen Meinung auch weiterhin in einem Konflikt mit der Tschechoslowakei und in einer überaus schädlichen Verhandlung mit dem Dritten Reich, das in gleicher Weise wie das faschistische Italien den Frieden bedroht. Die Außenpolitik Polens, durch welche Polen mit der Politik des Dritten Reiches verbunden wurde, hat zu einer Schwächung Polens infolge Lockerung seiner Beziehungen zu Frankreich, zur Kleinen Entente, zum Sowjetbündnis und sogar zu den baltischen Staaten geführt und Polen in den revolutionaristischen Block Deutschland-Ungarn eingeschaltet. Hinsichtlich des Verhältnisses Polens zur Tschechoslowakei nahm die Hauptleitung noch eine besondere Resolution an, in welcher die „bedingte Beilegung“ des angeblich wegen der Behandlung der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei herausbeschworenen Streites gefordert wird.

## Vier Ministerexposés in den Ausschüssen

Prag. Am Dienstag wurden neuerlich mehrere Ministerexposés, die in normalen Zeiten im Budgetausschuß erörtert worden wären, in die Ausschüsse verlegt, um den Budgetausschuß zu entlasten. So sprach im Verlehsausschuß die Minister Jng. Dostal (Eisenbahnen) und Dr. Franke (Post). Am Nachmittag wurde über die Kapitel Wägen und Post die Debatte abgeführt, während die Aussprache über die öffentlichen Arbeiten in die nächste Ausschusssitzung verlegt wurde.

Der Budgetausschuß befähigte sich bis spät nachts mit den Kapiteln Finanzen, Justiz und Unifizierung, während Handelsminister Rajman im Gewerbeausschuß ein Exposé über die künftigen Aufgaben seines Ressorts erstattete. Im Landwirtschaftlichen Ausschusse wurde die Aussprache über das kürzliche Exposé des Ministers Dr. Jadrna eröffnet.

Am Senat tagte der Wehrausschuß, der die Debatte über das letzte Exposé Madnills über militärische Fragen nach einem Schlusswort des Ministers zustimmend zum Abschluss brachte. Hier erklärte der Kommunist Krejci, daß die tschechoslowakische Armee in einem un-demokratischen Geist geführt werde; deshalb könne keine Partei aus politischen Gründen nicht für das Militärbudget stimmen.

## Die Privatgestellten fordern das Geschäftsreisendengesetz

Die in Tepliz-Schönanu zu einer Obmannerkonferenz des Kreises Aussig-Tepliz des Allgemeinen Angestellten-Verbandes Reichenberg versammelten Vertrauensleute der Angestellten aller Berufsweige befanden den Geschäftsreisenden und Vertretern im Kampfe um ihre wirtschaftlichen, sozialen, arbeits-, verkehrs- und steuerrechtlichen Forderungen Solidarität. In einer Entscheidung wurden u. a. folgende Grundsätze aufgestellt:

In Erkenntnis der gemeinsamen Interessen, die Ausdruck finden in der Organisationsform des Allgemeinen Angestellten-Verbandes Reichenberg, der als Berufsgemeinschaft der Privatangehörigen aller Kategorien ohne Unterschied des Geschlechtes aufgebaut ist, fordern die versammelten Angestellten-Funktionäre namens der Gesamtarbeitsgemeinschaft die Bewirkung der Forderungen der Geschäftsreisenden und Vertreter, wie sie im Sofortprogramm des Bundes der Vertreter und Reisenden, Nachgruppe im Allgemeinen Angestellten-Verband, Sitz Reichenberg, aufgestellt wurden, und zwar: a) die ehefte Verabschiedung des Gesetzes betreffend die Geschäftsreisenden, Vertreter oder Agenten und andere Angestellte in ähnlicher Stellung; b) Freilassen der Vertreter von der Erwerbs- und Umsatzsteuer; c) klare Feststellung der Pensions- und Krankenversicherungspflicht für die Geschäftsreisenden und Vertreter; d) existenzsichernde Entlohnung. Die Gewerkschaftsvertreter der Angestellten nehmen protestierend Stellung gegen die den Geschäftsreisenden und Vertretern aufgezwungenen ungünstigen Vertragsverhältnisse, durch die versucht wird, die Unterstellung unter die Angestellten-Gesetzgebung, welche den Geltungsbereich im Privatangestellten-Gesetz vom 11. Juni 1934, S. 154, ausdrücklich auch auf die Geschäftsreisenden und Vertreter erstreckt, zu unterbinden.

Es ist ein Gebot der Notwendigkeit, den zehntausenden Geschäftsreisenden und Vertretern, die in der tschechoslowakischen Republik unter unsozialen Arbeitsbedingungen wirken, Recht und Schutz zu erkämpfen.

## Genosse Johann Peter gestorben

Dienstag nachmittags, wurde in Winterberg unser alter Genosse Johann Peter zu Grabe getragen. Einer der unermüdetsten Kleinarbeiters der Partei kann der Partei nicht mehr dienen. Die Parteigeschichte Winterbergs wäre ohne Verbindung mit Genossen Peter nicht zu schreiben. Bis zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes im Jahre 1907 war Winterberg schwarz und nationalitätlich, von einer sozialistischen Bewegung war keine Spur, trotzdem einige Zeit vorher schon einzelne Genossen sich lose zusammenangeschlossen hatten. Sie waren für die Lesensfähigkeit noch nicht bemerkbar. Der Wahlrechtskampf rüttelte auch Winterberg auf. Um diese Zeit kam Genosse Peter nach Winterberg, als kleiner Unfallrentner. Er kam aus der Glasfabrik in Würmoos bei Salzburg, wo er als Glaspuffer einen Unfall erlitt. Seit dem Jahre 1907 hat Winterberg Auf- und Abstieg unserer Bewegung einmal erlebt. Nach dem verlorenen Glasarbeiterstreik im Jahre 1908, dem verlorenen Buchdruckerstreik kurze Zeit nachher folgte die Revolution, die unser Peter, er wurde nie verzagt, immer wieder munterte er die Jungen auf, immer wieder ging er selbst mit gutem Beispiel voran. Die Zeitungskolportage fand in ihm einen Menschen, wie es nicht allzu viele gibt. Er war unermüdet in der Kassierung der Parteibeiträge, er war für jede Kleinarbeit begeistert, jederzeit konnte man sich auf ihn verlassen. Nicht ein einziges Mal in dem Vierteljahrhundert gab es bei den Abrechnungen eine Differenz, er war der ehrlichste Mensch.

Sein erster sichtbarer Erfolg war die Erhebung der Bezirkskrankenkasse Winterberg im Jahre 1913, zu deren Obmann er damals gewählt wurde und welche Funktion er dann viele Jahre bekleidete. In der schweren Weltkriegszeit war er unermüdetlicher Helfer und Berater der zu Hause Verbliebenen. Nach dem Umsturz da gab es für unseren Genossen Peter viel Arbeit in der Krankenkasse, in der Bezirks- und Gemeindevertretung, aber insbesondere auf dem Gebiete der Kleinarbeit, bei der Kolportage und Einfassung der Beiträge. Aber auch als Lokal- und Bezirksvertrauensmann hatte er immer das Beste geleistet. Nie sagte er über Arbeit, immer war er tätig. Genosse Peter war nie ein Streber, für ihn war die Arbeit für die Partei das Besten. Er konnte er diese leisten, da oder dort, war er aufrengestellt. Es war ein idealer Mensch, selbstlos und durchdrungen von dem Gedanken, daß man der arbeitenden Menschheit nur helfen kann, wenn man ihre Waffen, die Organisation und Presse, ausbaut und stärkt.

Dem unermüdetlichen Kämpfer, dem selbstlosen Menschen wird die Arbeiterschaft Winterbergs und des ganzen Böhmerwaldes ein ehrendes Andenken bewahren.

## Der Spionageprozeß gegen Anna Dienel und ihre acht Mitangeklagten

Der nach ursprünglicher Veranschlagung um den 20. November beendet sein sollte, hat sich beträchtlich in die Länge gezogen. Von dem Umfang des Beweisverfahrens zeugen die mehrfach eingeleiteten ganztägigen Verhandlungspausen. Ueber den Zeitpunkt der Urteilsverkündung bestehen verschiedene Mutmaßungen. Größtenteils wird angenommen, daß das Urteil zu Ende dieser oder zu Beginn der nächsten Woche verkündet werden wird.

## Die Opposition in Henleins Reihen

Bei Henleins in Tropschau herrscht neuerdings schwerer Unfrieden. Vor einiger Zeit mußten aus der SV-Ortsgruppe dort mehrere Mitglieder wegen „Disziplinlosigkeit“ ausgeschlos-

## Die Militär-Revolte in Brasilien

### Ein kommunistisches Unternehmen?

Rio de Janeiro. Nach amtlichen Mitteilungen sind die Aufstände in Pernambuco und Natal als „kommunistisch“ anzusehen. Im Staate Pernambuco besetzten meuternde Soldaten mit Hilfe kommunistischer Massen die Stadt Olinda, die aber bald von den Regierungstruppen wieder erobert werden konnte. Die Aufständischen zogen sich in die Kasernen zurück, aus denen sie, den letzten Nachrichten zufolge, ebenfalls wieder vertrieben werden konnten. Da die Regierungstruppen auch durch Flugzeuge Verstärkung erhalten, hofft man, den Aufstand hier bald niederschlagen zu können.

In Natal ist die Lage ernst. Die Stadt befindet sich in den Händen des aufständischen Särgerebattillons. Alle Verbindungen des Staates

## Rückzug der Italiener

Paris. Das Havas-Büro meldet aus Addis Abeba, daß die abessinische Regierung abends die Meldung bestätigte, wonach die Italiener die Stadt Gorahai und Gerloghudi an der Ogaden-Front verlassen haben und sich nach Kallal und Bardair zurückgezogen haben. Die Abessinier bereiten sich vor, Gorahai und Gerloghudi zu besetzen.

## Hailé Selassié's Konkurrent gestorben

Addis Abeba. (Tsch. P. B.) Der ehemalige abessinische Kaiser Lidjā Jassu starb in seinem Wohnsitz Garamulata in der Provinz Harrar, wo er seit 20 Jahren in der Verbannung lebte. Lidjā Jassu starb in einer Festung unweit Harrar, wo er, gefesselt an das Handgelenk eines Priesters, welcher sein Wächter war, im Gefängnis einer allgemeinen Paralyse erlag.

## Nanking gegen die Separatisten

Nanking. (Tsch. P. B.) Das Reichsvollzugsamt verfügte heute die Auflösung des Weiping Militärrats, ernannte den Kriegsminister Suningshin zum Obersten Verwaltungskommissar in Weiping, verfügte die Abhebung und Bekräftigung Hingjunks und übergab dem Garnisonkommandeur von Weiping und Tientsin Sungchenjwan das Amt eines Befriedigungskommissars von Sopot und Tschachar. Diese Maßnahmen beweisen den Willen der Regierung, die Autonomiebewegung zu ersticken.

## Das englische Parlament tagt

### Major Atlee-Klubvorsitzender der Arbeiterpartei

London. (AP.) Dienstag nachmittags ist das neue Parlament zum erstenmal zusammengetreten. Im Unterhaus wurde Kapitän Dixon bereits zum fünftenmal zum Speaker gewählt. Der ordentliche Ministerrat, der erste nach den Wahlen, wird Mittwoch stattfinden. Es wird gleichzeitig auch der erste Ministerrat nach der letzten Kabinettsrekonstruktion sein. Der Kabinettsrat wird sich, wie behauptet wird, fast ausschließlich mit innerpolitischen Angelegenheiten, insbesondere jedoch mit dem Wortlaut der Thronrede befassen, mit welcher König Georg das neue Parlament am 3. Dezember formell eröffnen wird.

Die Parlamentsfraktion der Labour Party wählte nach zweimaliger Abstimmung, bei welcher Arthur Greenwood und Herbert Morrison in der Minorität blieben, Major Atlee einmütig zum Vorsitzenden, der bereits im letzten Unterhause, nach der Resignation Lansburys, Parteivorsitzender war.

## England und Iran. Das iranische Konsulat legt Wert darauf, in Ergänzung unseres Artikels „Wiedergeburt in Vorderasien“ festzustellen, daß die iranische Regierung nie irgendeinen Vertrag geschlossen hat, welcher gegen die Interessen Englands gerichtet wäre. Obwohl es eine kleine Grenzstreitigkeit zwischen Iran und Afghanistan gab, wurde diese später beseitigt und die Interessen Englands wurden auch in dieser Hinsicht von seiten Irans nicht geschädigt.

# Wird die Besserung bei den Bahnen anhalten?

Eisenbahnminister P e t r o v i c h begründete im Budgetausschuß die Tatsache, daß das Eisenbahnbudget für 1936 mit einem um 31 Millionen größeren Defizit als im Vorjahr rechnet (696 gegen 665 Millionen), obwohl in den letzten Monaten eine allmähliche Z u n a h m e des Verkehrs eintrat, zunächst mit der großen Vorsicht bei der Schätzung der erwarteten Einnahmen.

Es ist noch nicht ganz sicher, ob die Besserung auch im kommenden Jahre anhält; in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern hat sich die Situation der Bahnen nach vorübergehender Besserung wieder verschlechtert. Die zweite Ursache ist die K o r r e k t u r d e r E r h ö h u n g d e r K o s t e n, die gegenüber 1929 fast um ein Viertel herabgedrückt wurden. Das Investitionsbudget erreicht die Höhe von 1033 Millionen; es ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Bahnen in einem ordentlichen Zustand zu erhalten und sie den Anforderungen der modernen Zeit anzupassen. Man darf die Bahnen nicht verfallen lassen. Die investierten Summen werden sich sicher in den künftigen Betriebsergebnissen günstig auswirken.

## Ausbau des Fahrparkes

Für Erneuerung und Rekonstruktion des Wagenparkes sind 156 Millionen bestimmt. Hierfür werden 25 Lokomotiven, zwei schnelle Motorzüge, 14 Motorwagen und 27 Schienenautomobile beschafft werden, ferner 29 vierachsige, 80 vierachsige Waggons für Personenzüge, 50 Dienstwagen und 48 Waggons für Motorzüge. Für den Lastenverkehr werden 90 moderne große Waggons, weiter gedeckte Waggons und Spezialwaggons für Fleisch angeschafft werden. Die Lieferungen sollen so vergeben werden, daß die Werke n o c h i m W i n t e r daran arbeiten können. Der Autobuspark der Staatsbahnen wird um neun Autobusse und drei Lastwagen vermehrt werden; 107 Autobusse und 10 Lastwagen werden als Ersatz für ausstanzte Waggons bestellt werden.

Für neue Wohnbauten sind 177 Millionen Kč vorgesehen; im Jahre 1936 soll der Betrieb auf den neuen Bahnen Gerbena Skala—Ratcepan und Doorn Vlodek—Puchov in der Slowakei aufgenommen werden.

## Neues Personal eingestellt

Bei den steigenden Verkehrsziffern wurde der Personalmangel in einzelnen Dienstzweigen durch das überflüssige Personal anderer Dienstzweige gedeckt, aber auch ein größere Zahl von Beamten, Aspiranten aufgenommen; ebenso wurde der Nachwuchs für den Dienst der Bahnwärter, Signalmeister und namentlich der Lokomotivführer ergänzt und eine größere Zahl von Chauffeuren aufgenommen. Die S y s t e m i s i e r u n g w i r d g e r a d e u n t e r s u c h t, damit sie eine sichere und getreue Grundlage für die weitere Personalpolitik bilde.

Die notwendige Koordinierung der Verkehrsmitel ist noch in den Anfängen. Die Vorarbeiten sind einer e i g e n e n K o m m i s s i o n anvertraut, die auf Anregung Beckhofs unlängst vom Ministerat eingesetzt wurde. Sie soll einen allgemeinen Verkehrsplan ausarbeiten, der sowohl den Bedürfnissen des Staates, als auch der Bevölkerung gerecht werden soll.

# Die Einnahmen der Post stagnierend

Postminister Dr. F r a n k e gab im Verkehrsausschuß eine Uebersicht über die Betriebsergebnisse seines Ressorts für die ersten neun Monate 1935. Im Inlandsverkehr ist die Zahl der rekommandierten Sendungen um 3,11, die der Briefsendungen um 17,61 Prozent gestiegen. Die Zahl der Postanweisungen ging bis Ende August um 0,5, der ausgezahlte Betrag um 2,53 Prozent zurück. Im Auslandsverkehr ist nur die Zahl der Briefe um rund sechs Prozent gestiegen, dagegen sind die rekommandierten Sendungen, Pakete und Postanweisungen zurückgegangen. Die Einnahmen aus den Postgebühren sind bis Ende August um 0,76 Prozent gestiegen.

## Mundfunk-Einnahmen steigen

Der Mundfunk weist neuerdings einen Zuwachs an zahlenden Hörern aus; Ende September waren es schon 753.600. Die Brutto-Einnahmen aus den Rundfunkgebühren betragen bis Ende September 67,7 Millionen, der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt über zwölf Millionen oder fast 22 Prozent.

Die Zahl der Telegramme ging zurück (im Inlandsverkehr um 0,69, im Verkehr mit dem näheren Ausland um 12,29 Prozent), die Telefongebühren sind gleichfalls um 3,63 Prozent zurückgegangen.

## Flugpost im Aufstiege

Die Flugpost weist eine aufsteigende Tendenz auf. Die Luftpost nach dem fernsten Osten und nach Australien wird dadurch sehr beschleunigt, daß das Flugzeug Amsterdam—Holländisch-Indien einmal in der Woche in Pechburg zur Postaufnahme landet. Die Flugpostsendungen nach Südamerika werden jetzt ohne besonderen Zuschlag per Flugzeug nach Paris befördert. Für das nächste Jahr ist mit einer regelmäßigen Flugpost nach R o s t o k über Klausenburg—Kiew zu rechnen.

Auf dem Gebiet des Rundfunks hat das Ministerium im Frühjahr die Vorlage über den Schutz gegen Störungen ausgearbeitet. Im interministeriellen Verfahren wurden zahlreiche Einwendungen erhoben, auf Grund deren die Vorlage umgearbeitet wird.

## Telephon-Werbung

Die Telephonwerbung hat in Prag neuer bereits 1890 neue Teilnehmer gebracht. Die Aktion wurde auf die ganze Republik ausgedehnt und der Minister hofft, daß das bisherige Verhältnis von elf Telefonen auf 1000 Einwohner sich bald bessern wird. Auch auf dem Lande müßte das Telephon

mehr Eingang finden. Die Ausbattung der Grenzfinanzwachen mit Telefonen hat bereits begonnen. Auch alle Gendarmestationen werden mit einem jederzeit benutzbaren Telephon ausgestattet werden. Auf den automatischen Betrieb sollen die Telephonzentralen in T e p l i c h, S c h ö n a u und in Bilkna, gegebenenfalls noch in anderen Orten, umgestellt werden.

## 100.000 neue Postsparsaffensbüchel

Am Postsparsaffens-Schredder ist bis Ende September die Zahl der Rechnungsposten um

# Tagesneuigkeiten

## Singerichtet

**Berlin.** Der am 30. Juli d. J. vom Volksgerichtshof wegen Verrats militärischer Geheimnisse zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte 29-jährige Albrecht S p i e g e l aus Berlin ist Dienstag früh in Berlin hingerichtet worden.

## Das Ende eines Weiberfeindes

**Chicago.** Der bekannte Antifeminist D u f f, Autor des Buches „Die Hölle der Frauen“, hat S e l b s t m o r d verübt. Vor seinem Tode richtete er an alle Männer ein Schreiben, in dem er ihnen rät, zu heiraten, da sie sich nur so vor Einsamkeit bewahren könnten.

„Sammelt Bucheckern!“ Die Rohstoffnot in Deutschland zeitigt Erscheinungen, die der Erfahrung während des Weltkrieges immer ähnlicher werden. So erschien kürzlich in deutschen Zeitungen unter der poetischen Ueberschrift „Ehret den Altstoff!“ ein Aufruf, in dem es hieß:

„Wir sollten uns unserer ungeheuren Schätze bewußt werden, die heute auf Schuttbergen verrotten. Wie viele reiche Möglichkeiten bieten Textilmüllungen zum Beispiel für den Aufbau unserer Wirtschaft!“

Daß Deutschland gegenwärtig eine Lumpenwirtschaft führt, wußte man freilich schon lange. Der Mangel an Textilrohstoffen nötigte das Regime schon vor einem Jahre, auf allen Vauerntagungen zur „Erzeugungsschlacht“ im Flachsbau aufzurufen. Jetzt sind es aber die Bauern, die mit dem Ergebnis dieser „Schlacht“ sehr unzufrieden sind. Aus Bayern wird berichtet, daß die Bauern den halbtrockenen Flachs lieber auf den Feldern verfaulen lassen, weil sie für 50 Kilogramm völlig getrockneten Flachses einschließlich der Anfahrt zur Bahnstation nur 2,60 Mark bekommen sollen. Und während sie den Leinamen für die Aussaat im Frühjahr mit 50 Pfennigen pro Kilogramm bezahlen mußten, bietet man ihnen jetzt nach der Ernte nur 26 Pfennige für das Kilo. Diese „Erzeugungsschlacht“ sollte nicht nur die Versorgung mit Textilrohstoffen verbessern, sondern zugleich auch der Delnot abhelfen. Es macht sich nämlich in Deutschland neben der Fettnot immer stärker auch ein Mangel an Konsum- und Industrieölen empfindlich fühlbar. Deshalb ist schon die Verwendung von Leinöl für Glasierfett und Anstrichfarben bestimmten Beschränkungen unterworfen worden. Die Delnot macht nun auch ein Aufruf offenkundig, der wie ein Bitat aus der Kriegszeit anmutet, der aber erst kürzlich, Ende September dieses Jahres, in deutschen Zeitungen erschienen ist: „Sammelt Bucheckern!“ Sie werden als Delerzafabrik gebraucht. Jetzt hat die Landesbauernschaft Hannover ihren 17 Kreisbauernschaften die Delmühlen bekannt gegeben, die die gesammelten Bucheckern zur Erzeugung von Bucheckernöl entgegennehmen. Die Delmühlen erhalten aus Reichsmitteln eine Ausgleichvergütung von 50 Mark für 1000 Kilogramm Bucheckernöl, die es ihnen ermöglichen soll, den Sammlern 16 Mark für 50 Kilogramm geschälte Bucheckern zu zahlen. So macht die deutsche Erntewirtschaft muntere Fortschritte. Und vielleicht werden die Bucheckernsammler auf ihren Waldgängen bald auch wieder „Deutsches Bucheckernöl“ als Tobakerzafabrik rauchen dürfen.

**Streikende Hochschüler.** Die Hörer der Universität in Clermont-Ferrand traten Montag in den Streik, um gegen die allzu starke

780.000 zurückgegangen, der Gesamtumfang ist jedoch um rund zehn Milliarden gestiegen. An Einlagebücheln der Postsparsaffe waren Ende September 323.327 mit einer Gesamteinlage von 229 Millionen im Umlauf. Seit 1. Jänner wurden 100.000 neue Büchel ausgegeben. Die Forderungen in alten österreichischen Kronen, die im Verhältnis von 41 Kč zu 100 alten Kronen eingelöst werden, werden schon in kurzer Zeit liquidiert werden, obwohl es sich um rund 170.000 Fälle handelt. Die Verhandlungen mit Ungarn wegen der analogen Sache stocken derzeit.

**Erhöhung der Universitätstagen** durch die Regierungsbefehle zu protestieren. So wurde z. B. die Immatrikulationsgebühr von 200 auf 500 Franken erhöht.

**Sierzechn Todesopfer.** In dem am Golf von Mexiko gelegenen Hafen Houston in Texas ist es zu einem blutigen Zwischenfall mit freilebenden schwarzen Hafenarbeitern gekommen. Die Regier kamen unerwartet schwer bewaffnet in einem Lastautomobil zum Hafenpier gefahren und verlangten von den Schauerleuten, daß sie sich dem Streik der Hafenarbeiter, der seit Anfang Oktober im Gange ist, anschließen. Auf die Weigerung der Arbeiter hin eröffneten die Regier eine wilde Schießerei, bei der ein V o r a r b e i t e r v e r w u n d e t wurde. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr und töteten einen der Angreifer. Damit hat der Streik der Hafenarbeiter in den Golfhäfen nunmehr das v i e r z e h n t e Todesopfer gefordert.

**Die deutsche Fleischnot.** Die Polizei in Dessau hat drei Großschlächter aus Mitten wegen Sabotage an den Maßnahmen der Reichsregierung zur Sicherung der Fleischversorgung der Bevölkerung in S c h u h h a f t genommen. Die Genannten hatten sich „unter Ausnutzung der augenblicklichen Verhältnisse“ auf dem Viehmarkt von ihren Abnehmern Preise zahlen lassen, die weit über den festgesetzten Höchstpreisen lagen.

**Neunzehn japanische Arbeiter** wurden bei der Ueberfahrt über den Inaschiro-See in Nord-Japan von einem plötzlichen Sturm überrascht und fanden sämtlich den Tod in den Wellen.

**Sowjetrussische Orden.** Der Zentralvollauschuss der Sowjetunion hat einen neuen Orden geschaffen, der als „Ehrenzeichen für besondere Leistungen“ in Erfüllung der Stachanow-Arbeitsmethode auf allen Gebieten gedacht ist.

**Der gefährliche Statabend.** Aus Leipzig wird uns geschrieben: Ein Bekannter hat mit acht Freunden einen regelmäßigen Statabend. Eines Tages werden sie von der Polizei ausgehoben. Man untersucht sie und die Wohnung gründlich. Als sich absolut nichts findet, sagt ihnen der Beamte, sie sollten künftig ihre Statabende auf dem zuständigen Revier melden! Als sie das beim nächsten Male tun, will sie der Revierbeamte fast fressen, weil er denkt, daß sie ihn zum Narren halten. Doch der kleine Vorgang hat auch eine ernste Seite: Das Erscheinen der Polizei zeigt die gute Arbeit des betreffenden Wochwartes. So wird heute in Deutschland die harmloseste Zusammenkunft bespitzelt!

**Lohnabzug — für Wein.** Im den deutschen Wägen zu helfen, die — wie alle Bevölkerungsschichten — unter den Folgen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik leiden, wird im ganzen Reich die Werbetrömmel für vermehrten Weingenuss gerüchelt. Aber Werbung allein nützt nicht viel, wo nun mal kein Geld da ist — darum muß Zwang nachhelfen. So liest man in der deutschen Presse, daß ein Betrieb im Kreis Wolfenbüttel 800 Flaschen Wein für seine „Gefolgschaft“ bestellt hat. Wirklich aufmerksam von der „Betriebsführung“, wird man denken. Aber wer trägt die Kosten? „Der Betrag dafür wird den einzelnen in fünf Monatsraten abgezogen“. Da haben wir also wieder eine Form des Lohnabzuges. Sicher wird das Beispiel Schule machen, andere Betriebe werden folgen, und der Tag ist nicht mehr fern, an dem der gesamte Lohn in Werbetrömmeln, Sammelplaketten, Zeitungen und Naturalien ausgezahlt wird.

**Der „Wahrheitsdetektor“ und Bruno Hauptmann.** Dr. William M a r s t o n, der Erfinder des vielbesprochenen „Wahrheitsdetektors“ — eines empfindlichen Apparates, der die geringsten Gemütsbewegungen verzeichnet und darum eine Lüge sicher registrieren soll — hat den amerikanischen Behörden vorgeschlagen, den wegen der Ermordung des Lindbergh-Babys zum Tode verurteilten vermeintlichen Täter Bruno Hauptmann mit diesem Apparat zu prüfen. Die Behörden

# IV. internationales Treffen

der Arbeiter-Wintertouristen und Sportler in der Tschochlowatke im Negergebirge auf der Königshöhe am 15. und 16. Feber 1936

Das internationale Treffen wird vom Verband für Arbeiter-Wintertouristen in der Tsch. veranaltet und mit der Durchführung wurde der W. und die Naturfreunde betraut. Es haben auch ausländische Gäste ihr Erscheinen zugesagt. — Das Treffen dauert zwei Wochen und beginnt mit einer S c h u l u n g s w o c h e f ü r S k i w a r t e, welche eigene geprüfte Skiführer abhalten werden; gleichzeitig werden auch Kurse für Mitglieder abgehalten werden. Am 15. Feber, Samstag, nachmittags werden Sportspiele veranstaltet. Am 16. Feber, Sonntag, kommen zur Durchführung: Kombinationen, Mannschafsläufe, Stafetten, Abfahrtslauf und Einzellauf der Altersklassen. Für die folgende Woche sind S k i w a n d e r u n g e n, teils ins Negergebirge und teils ins Riesengebirge eingesezt, wobei das Naturfreundehaus in Peyer besucht wird.

Unser Treffen schließt schwere Sportkämpfe und Sprung aus und hat seine besondere Eigenart: Urlaubswache, Schwanderungen, Aufsehen von technischem Können und Ausdauer im Lauf, sowie Zusammenführung vieler hundert Freunde der Wanderungen und des Winter-Sportes aus dem entfernten In- und Auslande. (Um Nachdruck wird gebeten.)

haben keine Einwendungen erhoben, und auch Bruno Hauptmann selbst hat sich bereit erklärt, sich der Prüfung zu unterziehen. Sie wird in den nächsten Tagen in Gegenwart des Staatsanwalts Willens stattfinden, der im Flemington-Prozess den Kopf Hauptmanns gefordert und erhalten hat. Auch der Gouverneur von New Jersey wird dabei anwesend sein; man weiß, daß eine eventuelle Vergnädigung in seiner Hand liegt.

**Schwarze Listen der spanischen Schneider.** Die Madrider Schneider, von denen es insgesamt nicht weniger als 993 gibt, haben beschlossen, einen rücksichtslosen Kampf gegen faumige Jagier aufzunehmen. Sie werden in den größten Tageszeitungen fortlaufend schwarze Listen dieser sehr wenig erwünschten Kunden veröffentlichen, damit alle Junggenossen gewarnt sind. Das Schneider-Syndikat beziffert die jährlichen Verluste seiner Mitglieder durch nicht zahlende Kunden auf mindestens eine Million Peseten.

**Löwenjagd in Südfrankreich.** In einem Dorf in der Nähe von Avignon gab es vor einigen Tagen eine Löwenjagd, die leider ein Opfer forderte. Auf dem Jahrmarkt war eine Menagerie zu sehen, aus der am frühen Morgen die beiden Löwen ausbrachen. Die wilden Tiere begannen einen 37-jährigen Fleischer, den sie angriffen und buchstäblich in Stücke rissen. Sie fielen einen zweiten Mann an, der aber die Geistesgegenwart hatte, von einem Frankenhieb niedergeschlagen, sich totzustellen. Einem dritten gelang ein anderes Manöver. Er riß beim Anblick der Tiere eine Taschenlampe heraus, so daß die Löwen geblendet wurden und der Mann sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Fast zwei Stunden lang verfolgten Polizei und Gendarmerie die Tiere, währenddessen die Stadt ausgehört zu sein schien. Es gelang endlich, die beiden Löwen niederschlagen zu lassen.

**Viehählung mit dem Flugzeug.** Zweimal im Jahr werden in USA die großen Viehherden der Viehhändler gezählt. Bis jetzt lag diese Aufgabe, schon aus Tradition, den Cowboys ob, die das Vieh von den Weiden zusammentrieben und dann die Kopfzahl bestimmten. Dies war ebenso langwierig wie zeitaubend. Man ist darum jetzt zum ersten Male dazu übergegangen, die Viehhählung mit einem Flugzeug durchzuführen. Die Flugzeuge überfliegen die Weiden in geringer Höhe und fotografieren das sich darauf befindende Vieh. Auf Grund dieser photographischen Aufnahmen wird dann der Bestand ausgezählt.

**Hänslig Vorkat für einen Hundkopf.** Da in Ita n b u l zahlreiche Hälle von T o l l i w u t f e h t gestellt wurden, haben die Behörden schon vor längerer Zeit angeordnet, daß die betrumfrenden Hunde ausgetrieben werden. In den letzten Monaten wurden in Vianbul allein 900 dieser Hunde vernichtet. In diesen Tagen haben verschiedene städtische Behörden für einen Hundkopf eine Vergütung von 50 Pfaster angezefet.

**Wahrscheinliches Wetter Mittwoch:** Vorwiegend bis wechselfed bewölkt ohne wesentliche Niederschläge, in den Niederrgen der böhmischen Länder vielfach neblig. Im Süden des Staates teilweise heiter und leichte Nachfröste. — Wetterausfichten für D o n n e r s t a g: Im Norden der Republik unsicheres Wetter, im Süden keine wesentliche Aenderung.

# Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen!

Donnerstag:

Prag, Sender 2: 10.05: Deutsche Presse, 11.05: Salonorchester, 16.10: Duites Programm, 17.45: Deutsche Sendung: Jugendstunde mit Musik, 19.15: Englisch für Anfänger, 21.25: Violoncellkonzert, 22.15: Duites Programm. Sender 3: 7.30: Leichte Musik, 14.50: Deutsche Sendung: 14.35: Opernszenen, 18: Scharmmusikonzert, 19.10: Violoncellkompositionen. — Brann 13.30: Deutscher Arbeitsmarkt, 17.40: Deutsche Sendung: A r b e i t e r t e r i n e: Scharmerda: Arbeiter und Bauer, wirtschaftliche Verbindung von Stadt und Land, 21.25: Orchesterkonzert. — Währisch-Odrau 15: Orchesterkonzert, 18.10: Deutsche Sendung: Groebel: Moderner Kapitalismus. — Freiburg 17.30: Klavierkonzert, 19.30: Unterhaltungsmusik. — Kofchau 18.10: Violoncellkonzert.



Russische Marschälle ernannt

Durch eine Verfügung des Zentral-Exekutivkomitees in Moskau wurden auf Grund der Einführung der neuen Offiziersrangliste bei der Roten Armee die ersten „Marschälle der Sowjetunion“ ernannt. Zu ihnen gehören der Kriegskommissar B o r o s h i l o w (rechts) und der Kommandeur der Fernost-Armee B l ü c h e r (links).



### Die Kleinen Juden schlägt man...

New York. Die jüdische Zeitung „Jewish Frontier“ schreibt, es sei eine besondere Pervertität des nationalsozialistischen Regimes, daß es seinen Hauptangriff nicht gegen die jüdischen Großkaufleute und Finanzmänner richte, sondern gegen die produktivsten Glieder der jüdischen Gemeinschaft. Es sei eine bekannte Tatsache, daß die jüdischen großen Finanzleute niemals von den Nationalsozialisten belästigt wurden. Nicht einmal am dem Vorkriegstage seien die jüdischen Banken geschlossen oder durch Posten beschlagnahmt worden. Die Nazis wollten mit dem jüdischen Kapital ein Abkommen treffen, das ganze Gift des Nazibasses und die Wucht der Regierungsverläufe richtete sich jedoch gegen die 10.000 bis 12.000 studierten Juden und gegen die jüdischen Werkstätten. Der Schreck, den die empörte Welt gegen die grausame Behandlung hervorragender jüdischer Wissenschaftler und Künstler ausstrahlte, sei gänzlich untergegangen in der Tragödie der Tausende von unbekanntem jüdischen Büroangestellten, Verkäuferinnen, Handelsreisenden und Handwerker. Nach der Statistik von 1932 habe es 75.000 jüdische Arbeitnehmer gegeben, von denen 55.000 den deutschen Gewerkschaften angehörten. Die jüdische Finanzwelt werde verschont, die Arbeiterschaft ausgebeutet. Der Großhandel werde geduldet, die Berufstätigen vertrieben.

### Raum für alle hat die Erde

London. Während in der ganzen Welt die Frage der Ueberbevölkerung eifrig diskutiert wird, hat ein Gelehrter ausgerechnet, daß die Erde noch auf lange Sicht Raum genug für alle hat. Insgesamt können nach seiner Berechnung noch eine Milliarde 16 Millionen Menschen mehr als die heutige Bevölkerung der Welt bequem untergebracht werden. Brasilien allein bietet Raum für mindestens 800 Millionen Einwohner, während es nur 31 Millionen hat. Argentinien könnte an Stelle seiner 9 Millionen 150 Millionen ernähren. Australien hat auf seiner riesigen Fläche nur 6 Millionen Einwohner, die ohne weiteres verdoppelt werden könnten. Die Vereinigten Staaten haben Raum für 800 Millionen, so daß auch in ihnen nahezu fünfmal so viel Menschen leben könnten wie heute. Und endlich Kanada, das 8 Millionen Einwohner hat und für 110 Millionen genügend Raum bietet.

Ein Regus-Bildnis von Schaljapin. Vor einigen Tagen ist in Paris der 7. „Salon de l'Artiste“ eröffnet worden, eine Ausstellung, die Gemälde und Plastiken von der Hand bekannter Theaterkünstler zeigt, die neben ihrem Schauspielberuf passionierter Maler oder Bildhauer sind. Der Clou der diesjährigen Schau ist ein hochaktuelles Bildnis, das von Fedor Schaljapin stammt. Es ist eine Kohlezeichnung des Regus, die ihn im Tropenhelm eher wie einen bärtigen, aber sonst durchaus europäischen Afrisaforscher darstellt. Die Zeichnung ist von Schaljapin signiert und trägt von seiner Hand die wehrmüthige Unterschrift: „Regus, Regus“ — leider fehlt ein Aufschriftzeichen, denn sonst würde diese Beschriftung die unmissverständliche Teilnahme des großen Künstlers an dem Schicksal des Königs der Könige zum Ausdruck bringen.

Die italienische Bevölkerung nimmt ab. In der letzten Sitzung der französischen medizinischen Akademie wurde ein ungewöhnlich interessanter Bericht über die Bevölkerungsabnahme in Italien vorgelegt, der besonders darum aktuell ist, weil der Hauptgrund für die italienische Expansionsbestrebungen das angeblich stürmische Anwachsen der Italiener ist. Auf Grund genauer statistischer Daten kommt der Bericht zum Resultat, daß das Gegenteil der Fall ist. Im Jahre 1922 kamen auf 1000 der Bevölkerung 80,8 Geburten; 1931 fiel diese Zahl auf 2,9, gleichzeitig fielen die Zahlen für Ehescheidungen von 8,8 auf 6,7 pro Tausend. Die Geburtenabnahme wird durch die gleichzeitige Verminderung der Sterbefälle durch die Fortschritte der Hygiene zum Teil kompensiert. 1922 kamen 18,1 Todesfälle auf 1000 Einwohner, 1931 jedoch nur 14,8. Selbst wenn man aber diese Tatsache berücksichtigt, stellt es sich heraus, daß in zehn Jahren die Zunahme der Bevölkerung von 1,27 Prozent auf 1,01 Prozent gesunken ist. Der Berichtsteller glaubt, auf Grund der Zahlen sagen zu müssen, daß Italien nicht nur keine Ueberbevölkerung droht, sondern daß vielmehr auch Italien mit einem ernstlichen Bevölkerungsrückgang rechnen muß.

Puschkin-Autogramme. Das Moskauer Staatsmuseum für Literatur hat mehrere neue Autogramme des Dichters A. S. Puschkin erworben, die nach den Neuherausgaben hervorragender Fachleute außerordentlich wertvoll sind. Unter dem erworbenen Material befinden sich fünf bisher unbekannte Zeichnungen des Dichters, die Puschkin, Pestel und andere Delabriten darstellen. Außerdem hat das Museum ein Originalschreiben Puschkins an N. S. Gogol mit einer günstigen Neuherausgabe über die Erzählung „Kowli Prosvet“ erworben, ferner einen Brief an den Komponisten Seretowitsch, ein Schreiben an den Minister Witow und schließlich ein Puschkin-Fragment: „Wieviel Werte willst Du für meine Kurche?“ Das genannte, in diesem Jahre erworbene Material wird auf der Puschkin-Ausstellung, die im Jahre 1937 in Moskau anlässlich des 100. Todestages des Dichters veranstaltet wird, gezeigt.

## Sie haben noch nicht genug!



Aus Rom wurde offiziell gemeldet, daß von dort eine besondere Legion, die sich aus Verstümmelten des Weltkrieges zusammensetzt, nach einer Parade vor dem Grab des Unbekannten Soldaten an die abessinische Front abgibt. ...

## „Zwei Führer: Moses und Hitler“

Eine Satire von Unus

Die Hälfter der Zeitgeschichte vergleichen Hitler bald mit Napoleon, bald mit Cromwell, in Deutschland selbst, mit Christus; ich möchte ihn Moses, dem Führer, gleichstellen. Hitler, der Führer seines Volkes, hat mit Moses mehr Berührungspunkte als man denkt: Wie Moses sein Volk aus der Sklaverei der Pharaonen, so führte Hitler das deutsche Volk aus der Sklaverei des Marxismus und der Juden Herrschaft bis vor die Tore des gelobten Landes; dort Kanaan, hier Großdeutschland; Moses hat's nicht, Hitler noch nicht erlebt. Wie jener sein Volk vierzig Jahre lang in der Wüste und strauchelnden Wüste der Halbinsel Sinai „geläutert“ hat, Hunger und Durst hat leiden lassen, bis es würdig ward, ins gelobte Land eindringen zu dürfen, so lautet dieser sein Volk durch Konzentrationslager und Gleichschaltung durch Butter- und Fleischkugeln, in der Kulturberaubten deutschen Wüste für die Seligkeiten des Dritten Reiches. Beide haben ihre Inspirationen zur Schaffung neuer Gesetze in der Wüste empfangen: dort die Beschneidung, hier die Sterilisierung; dort hat Moses die ziemlich schweren Gesetzesplatten dem goldenen Kalb an den Kopf geworfen, hier Hitler das Buch mit dem eburnen Kapitel von der „Bredung der Hinderbarkeit“ den deutschen Kapitalisten an die Schlägel; das goldene Kalb lebt noch heute als wohlgenährter goldener Ochs, und die deutschen Aktionäre erhalten heute größere Dividenden wie je! Moses hat die Lotte Korahs abschlagen lassen, Hitler am 30. Juni seine Kameraden; Moses hat sein, das Waffenhandwerk entwöhntes Volk wehrhaft gemacht, Kanaan zu erobern, Hitler hat Deutschland aufgerüstet, um die Welt zu erobern. Beide haben Gesetze für die „Bredlinge“ geschaffen — freilich, Moses zu deren Schutz, Hitler zu ihrer Vernichtung; jeder der mosaischen Paragraphen schließt mit den Worten: „Vergeh nicht, daß auch du warest Bredling im fremden Lande!“, hier schließt jeder Paragraph mit dem Wort: „Juda, verrede!“

Und doch glaube ich, daß Hitler bei Verkündung der Nürnberger Judengesetze von besten Absichten — auch für die Juden selbst — geleitet wurde; daß er dieses Gesetz nur erlassen hat, um die Juden aus der, ihr Nationalbewußtsein zerstörenden Internationalität zu befreien, sie wieder zu ihrem wachstumsfähigen jüdischen Eigenleben zurückzuführen; vor allem mußte er sie zu eben diesem Zweck von allem überflüssigen Mannen befreien, und sie auch verhindern, neuen Mannen aufzubauen; er mußte sie also erwerbslos machen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Wer das nicht begreift, und auch die Konfiskation der marxistischen Vermögen und Stoffen „Raub“ nennt, gehört eben zur Klasse jener Unbelehrbaren, die die untergegangenen

Verdienste des braunen Regimes um Kultur, Moral und Sitte als Ecksteine ansehen, um sie für ihre hitlerfeindlichen Bedürfnisse zu benützen! Ein Zufall, wie er dem kleinen Journalisten so oft zur Hilfe kommt, ermöglicht's auch heute mir, die letzten, noch nicht veröffentlichten Paragraphen der Durchführungsvorordnungen zum Nürnberger Judengesetz mitzuteilen. Sie lauten:

§ 497: Es ist für den Arier untragbar, Juden neben sich duden zu müssen, die die Germanen allein reservierte blonde Haarfarbe anhoefen; hiermit ist es notwendig, daß alle blond-, rot-, rotblond- und aschblond-, hell- und dunkelbraunhaarigen Volljuden beiderlei Geschlechts kopfrespektive Harthaar tiefschwarz färben lassen; „Rißalänge“ (siehe § 17) haben nur die verschizdenen blondfarbenen in Braun aufzufärben.

§ 498: Den Juden — namentlich den sich assimiliert wählenden — die strenge Bestimmung des mosaischen Gesetzes: „Die Schläfenlöcher nicht schneiden zu dürfen“, in Erinnerung zu bringen, sind alle, die dem Gesetz nach als Juden gelten, also auch die heidnischen Glaubens (mit zwei Heiteln jüdischen und fünf Dritteln christlichen Großeltern), gehalten, sich „Pajes“ (Schläfenlöcher) wachsen, bei voller Kahlköpfigkeit Pajes-Toupetts ankleben zu lassen. Diese Verordnung gehört mit zu den Belangen des jüdischen Eigenlebens, das ihnen unser Führer geschenkt hat, und erspart ihnen, humanerweise, das Tragen eines gelben Fleckens.

§ 499: Zu den verbrecherischen Lehren der früheren Regierungen ist die Zulassung der Juden zum Turnen und Sport. Hierdurch ist es ihnen gelungen, ihre von Gott gewollten Rassenmerkmale: D-Beine und Plattfüße, umzuformen, und der arischen Form näher zu bringen; um den Juden ihre alten Rechte wieder zuzuführen, sind die jüdischen Eltern verpflichtet, die Beine der Neugeborenen so schienen zu lassen, daß der das Kind nach vier Monaten inspizierende Bezirkarzt feststellen kann, ob das Kind mit seinen Beinen einen ungarischen Rühris von 50 Zentimeter Durchmesser eng und ohne äußerlichen Zwang umschlingen kann.

Auf eine Regulierung von T-Beinen verzichtet das Gesetz, obgleich der Reichsverband artischer Bäckermeister die T-Beinigkeit als ein den Wädern allein zustehendes Recht für sich in Anspruch genommen hat; es soll eben in diesem Gesetz alles vermieden werden, was als Feindseligkeit gegen die jüdische Rasse gedeutet werden könnte.

§ 500: Unser Führer hat mit dem vorliegenden Gesetz seinem Gerechtigkeitsinn — auch gegenüber einer minderwertigen Rasse — das Siegel aufgedrückt. Das Selbstvertrauen neigt das Haupt in Dank und Demut!

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik Streiks und Ausperrungen im Oktober

Laut Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes gab es im Oktober 1935 26 Streiks (im September 36), davon 22 (32) Einzel- und 4 (4) Gruppenstreiks in 50 (71) Betrieben. Die betroffenen Betriebe beschäftigten 3051 (6308) Arbeitnehmer, von denen 2145 (4655) streikten und 178 (348) infolge Streiks feierten. Die Streikenden veräumten 19.755 (24.842) Arbeitsstage und verloren an Lohn 357.655 (674.577) Kc. Die infolge des Streiks Feiern veräumten 607 (1415) Arbeitsstage und hatten einen Lohnentgang von 13.628 (32.506) Kc. Insgesamt betrug also der Verlust an Ar-

beitszeit bei den Streiks 20.452 (26.257) Arbeitsstage und an Lohn 371.313 (707.083) Kc. Ra ch Gewerbellassen entfallen auf die Vaugewerbe 11 Streiks (5951 veräumte Arbeitsstage), auf die Stein- und Erdenindustrie 4 (3779), auf die Glasindustrie (1412), Holzindustrie (441) und den Verkehr (2700) je zwei Streiks, auf die Metallverarbeitung (1680), Textilindustrie (4374), Bekleidungsindustrie (0), Nahrungs- und Genussmittelindustrie (18) und die graphischen Gewerbe (0) je ein Streik. Ra ch den Forderungen hatten 12 Streiks Lohnhöhe (9779), ein Streik Nichtkürzung der Löhne (342) zur Ursache, acht Streiks hatten andere Forderungen (9684) und bei fünf Streiks sind die Forderungen bisher nicht bekannt (0). Da s E r g e b n i s für die Arbeitnehmer liegt in einem Fall ein voller Erfolg (305), in

13 ein Teilerfolg (7494), in drei ein Mißerfolg (7516) und in neun Fällen ist es unbekannt (4380).

Ra ch B ä n d e r n entfallen auf Böhmen sieben Streiks (5887), auf Mähren und Schlesiens drei (4530), auf die Slowakei 13 (7129) und auf Karpathenland drei Streiks (2718). Au s p e r r u n g gab es im Oktober 1935 eine in Böhmen in der Maschinenindustrie infolge der Forderung nach Aufnahme eines entlassenen Arbeitnehmers. Von der Gesamtzahl von 772 Arbeitnehmern wurden 663 ausgeschlossen, die Ausgesperrten veräumten im Oktober 17.238 Arbeitsstage und hatten einen Lohnverlust von 650.045 Kc. Das Ergebnis ist bisher nicht bekannt.

## Nach der Unterhauswahl Tory-Terror enthüllt

Die Vorstellung von absoluter Wahrscheinlichkeit in England erhält einen schweren Stoß durch die Tatsachen, die Hannon Swaffer, der Tageschronist des „Daily Herald“ und eifrige Wahlagitator, nun aufzählt. Schon vor der Wahl hatte die Arbeiterpresse mit auffallendem Nachdruck betont, daß die Landarbeiter und Kleinbauern sich des Wahlgewinns bewußt sein und sich seiner Beeinflussung durch die Grundherren fügen sollten. Nun berichtet der „Daily Herald“: Mindestens sechs Mandate sind der Arbeiterpartei infolge verkleinertem „Häufsterns“ verloren gegangen. Warnungen und Drohungen, daß ein Arbeitersieg Verlust der Sparguthaben und Eigenheim bedeuten würde, wurden in die Hausbriefkästen geworfen. Viele Unternehmer, Hotelbesitzer u. a. n. erklärten ihren Angestellten, wenn die „nationale“ Regierung unterliege, würden Massentlassungen vorgenommen werden, wobei die Entlassenen keine Unterstützung mehr bekommen würden! Ein Methodistengemeindeprediger, der sozialistische Landagitation betrieb, erzählte Hannon Swaffer, daß die Leute auf den Dörfern ganz verängstigt seien und sich nicht trauen, Wahlplakate der Arbeiterpartei auszuhängen, da sie fürchteten, dann aus ihren Wohnungen geworfen zu werden. Nur in finsterner Nacht wagte es eine Frau, die Gattin des Labourlandabaten anzusprechen, um ihr zu sagen: „Ich wünsche Ihnen allen Erfolg, ich selbst darf nicht wagen, eines Ihrer Versammlungen beizuwohnen. Hier sind zwei Pence für Ihren Wahlfonds!“

Konservative Wahlkämpfe befehdigten die Arbeiterpartei, das Land seiner Verteidigung zu berauben, es dann in den Krieg zu ziehen, in dem die Jugend mit minderwertigen Waffen kämpfen müßte, während die Heimat schmutzigen Luftangriffen ausgesetzt wäre!

Ein nichtgenannter Ex-Labourmann, also MacDonald oder einer seiner Leute, erklärte in einer Rede: „Wenn Ihr Labour wählt, wird das die letzte Wahl sein!“ Dieser Wunsch drohte also mit dem Fascismus! Die Wähler haben ihn allerdings dementsprechend behandelt.

Sogar der König wurde als Wahlpropaganda benutzt. Man sprengte aus, er habe 1931, anlässlich der damaligen Wahl gesagt, er trete zurück, wenn nicht ein konservatives Regime käme.

Zahlreiche Kinos wurden der Arbeiterpartei als Versammlungsraum verteuert und aus der Vorführung die Tonfilmansprache Major Killees ausgeschnitten. In anderen Kinos waren Dauerstreifen angebracht mit der Aufforderung, nicht Labour zu wählen.

Ausgerechnet am Waffenstillstandstag ließ ein konservativer Kandidat in Essex einen Fragesteller hinauswerfen, der sich erkundigt hatte, warum die Regierung die Landarbeiter unter Ausnahmerecht in der Unterstützungsregelung gestellt habe. Mit zerrissenen Kleidern und einigen Beulehungen wurde der Fragesteller von 20 Stellern, also auch Proleten, in den Hof geschmissen.

## Patriotismus und Geschäft

Rom. (AP.) Der Ruf „Kauft nur noch italienische Waren“, der in ganz Italien erschallt, führt zu eigenartigen Folgen, und die Ausführung dieser Parole treibt seltsame Blüten. Einerseits blüht das Unwesen der Denunziation, die meist ihre Triebfeder im Konkurrenzkampf hat. Teils versichert man bei bestimmten ausländischen Produkten, die man nicht entbehren kann, daß sie — italienischer Herkunft seien. In großen Inseraten wird dies dem Publikum bekanntgemacht. So erfahren wir z. B., daß das Jahnwasser Obol ein italienisches Erzeugnis sei, daß Oram-Gläsbirnen, Philips-Radioapparate, Columbia-Grammophonplatten italienische Produkte seien. Selbst Scotts Emulsion, der bekannte Lebertran, wird zu einem italienischen Erzeugnis. Stamm und viel leicht von — italienischen Waffischen.

Keine Gefolgschaft für den Papst. Auch in internationalen katholischen Kreisen nimmt die Stimmung gegen Italien wegen seines Angriffs auf Abessinien zu. In Frankreich hat die von Georges Haug geführte katholische Organisation „Nouvelle Republique“ öffentlich den Krieg verurteilt. In Belgien nahm die katholische Gruppe um die Zeitung „Libre Belgique“ die gleiche Haltung ein. Ähnlich steht es mit zahlreichen katholischen Organisationen in England und Holland. Auch in Spanien, wo der Katholizismus an sich weit rechts steht, hat eine große Anzahl katholischer Intellektueller mit bekannten Namen in Madrid, Saragossa, Salamanca und anderen Orten einen Aufruf unterzeichnet, der sich sehr scharf gegen den Krieg in Abessinien wendet.

